

weder müssen bei längerer Dauer die Eisenbahnangelegenheiten wirken, eine Abart der Arbeitslosigkeit, die bisher in Deutschland mit keinem Staatsbahnsystem keinen Boden hat fassen können und hoffentlich auch in Zukunft nicht gewinnen wird. Wenn man sieht, wie durch den Ausfall der englischen Nordostbahn ganze Industriegebiete in ihrer Arbeit brachgelegt wurden, wie in Canada selbst die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung bedroht ist, muß man sich freuen, daß die Möglichkeit solcher Eisenbahnstreiks bei uns als ausgeschlossen gelten kann. Es wird eine wichtige Aufgabe der Zukunft sein, durch Tarifverträge, obligatorische Schiedsgerichte oder gesetzliche Maßregeln solche Zustände, die zu wirtschaftlichen Katastrophen führen können, zu verhindern. Unter den obwaltenden Umständen ist es immerhin erfreulich, daß auch in Canada — in England ist ja der Friede schon wiederhergestellt — beide Teile einem Ausgleich durch gegenseitiges Entgegenkommen oder durch die Vermittlung eines unparteiischen Schiedsgerichts nicht abgeneigt sind. Obnehin sind ja die Wunden, die solch wirtschaftlicher Kampf schlägt, schwer genug.

### Eine Tirade Erzbergers.

S. Der Reichstagsabgeordnete Matthias Erzberger veröffentlicht in seinem Leiborgan, der katholischen sächsischen Volkszeitung in Dresden, einen Artikel „Zentrumscheu der Regierung“, in dem er sich darüber beklagt, daß seit Bestehen des Reiches kein Zentrumsanhänger Staatssekretär oder Minister wurde. Früher habe man selbst im Zentrum die Anschauung vertreten, daß es für die Partei ein Unglück sei, wenn Angehörige in leitende Stellung gelangten. Die neuere Entwicklung der innerpolitischen Lage habe jedoch zu einer Revision dieser Anschauung geführt. Es sei ein unnatürlicher Zustand, daß eine Parlamentsmehrheit aus der Rechten und dem Zentrum die Gesetze mit liberalen Ministern schaffen solle. Das gebe eine Menge Reibungen, die höchst störend wirkten. Der Minister sei es, der die Stellen seines Amtes und die Referate seines Ressorts verteile, und da der Geheimrat der ruhende Pol in der Regierung flucht sei, so wirke ein Minister noch nach, wenn er schon längst aufgehört habe, im Amte zu sein. Wenn nun eine große Partei wie das Zentrum vor allen Ministerstellen durch eine ganze Generation hindurch systematisch ausgeschlossen werde, so erwache dieser Partei ein Manko, das sich der politische Gegner als Plus ankreiden dürfe. Daß das Zentrum wertvolle nationale Arbeit auf den verschiedensten Gebieten geleistet habe und noch leisten könne

der Bahn habe? Das Zentrum habe um die Rechten die Reichsfinanzreform ausstehend gebracht. Den Lohn dafür habe es in folgenden Abschlagszahlungen erhalten: 1. Eifriges Schweigen der Regierung gegenüber der unwahren Steuerhebe; 2. Schikane des Breslauer Katholikentages durch Verbot einer Versammlung staatsreuer polnischer Katholiken; 3. gänzliche Abwesenheit der Regierung bei der Beratung des Zentrumsinitiativtrages über die Freiheit der Religionsübung; 4. Abiegung geistlicher Schulinspektoren im Kreise Arnberg und Fulda; 5. Zertrümmern der vom Zentrum mit beschlossenen Wahlreform; 6. Antrag von Schorlemer als Regierungsantrag auf Verschlechterung des Wahlgesetzes und Verlust mehrerer Zentrumsmandate; 7. Berufung dieses Antragstellers ins Ministerium. — Nachdem Erzberger der Regierung dieses angebliche Sündenregister gegenüber dem Zentrum vorgehalten hat, schließt er damit, daß, wer auf Dank im politischen Leben rechne, gewiß auf eine falsche Karte gesetzt habe. Aber daß der politische Undank einer Partei so dick aufgetragen würde, habe man nicht für möglich gehalten und zeuge nicht für die Gesundheit der politischen Verhältnisse. Es gehe nicht mehr an, daß der eine Teil die Arbeit leiste und die andere den Kuchen erhalte.

### Politische Uebersicht. Deutsches Reich.

**Helgoland Reichskriegshafen.** In diesen Tagen, da die Insel Helgoland ihre zwanzigjährige Zugehörigkeit zum Deutschen Reich feiern kann, ist sie in die Zahl der deutschen Reichskriegshäfen eingereiht worden. Für den auf Helgoland in der Ausführung begriffenen Hafen, sowie für die Helgoländer Gewässer überhaupt, ist jetzt von dem Chef der Marineverwaltung der Nordsee, Admiral Grafen von Daudhoff, eine Hafen- und Seepolizeiverordnung gemäß dem Reichskriegshafengesetz erlassen worden, womit die Erhebung Helgolands zum Reichskriegshafen vollzogen ist. Der auf der Insel seitens der Marinebehörde im Bau befindliche Hafen soll in erster Reihe als Kriegshafen für kleinere Kriegsfahrzeuge dienen, daneben aber auch als Schutz- und Nothafen für Handelschiffe. Die Gesamtkosten des Hafenbaues sind auf 80 Millionen Mark veranschlagt worden, von denen mit den Marineetat für 1908—1910 bis jetzt 11 Millionen Mark bewilligt worden sind. Die Inbetriebnahme des Hafens wird voraussichtlich erst im Jahre 1913 erfolgen können.

**Der Präsident von Brasilien in Berlin.** Zur Anwesenheit des Präsidenten von Brasilien, Mar-

Staatsmann, der aus den jüngsten Präsidentschaftswahlen in Brasilien als Sieger hervorgegangen ist, hat sich in seinen militärischen Stellungen durch Pflichttreue und Tapferkeit hervorgetan und später als Kriegsminister die Umgestaltung des brasilianischen Seerwesens auf der Grundlage allgemeiner Wehrpflicht beim Parlament durchgesetzt. Marschall Hermes da Fonseca ist eine auch in Deutschland bekannte Persönlichkeit. Er wohnte 1908 auf Einladung des Kaisers den Kaisermandat bei. Dadurch gewann er in seinem Vaterland große Volkstümlichkeit, die sich bei seiner Rückkehr aus Deutschland in begeisterten Sympathieumgebungen äußerte und ihm bei der Bewerbung um das Amt eines Präsidenten den großen Erfolg sicherte, über den seinerzeit berichtet wurde.

**Französische Ehrung für die deutschen Helden vom Regiment Nr. 61.** In Dijon legte der Oberst und das Offizierkorps des 27. Vintens-Regts. einen Kranz am Denkmal der gefallenen Offiziere und Soldaten des pommerschen Infanterieregiments Nr. 61 nieder, das durch seinen heldenhaften Kampf bei Dijon bekannt geworden ist.

**Ausweisung deutscher Arbeiterfamilien aus Rußland.** Nach einer Meldung der „Schlesischen Volkszeitung“ sind in Rußisch-Polynien 300 Arbeiterfamilien deutscher Nationalität vor die Entscheidung gestellt worden, sich naturalisieren zu lassen oder Rußland zu verlassen. Die Deutschen haben es abgelehnt, um Aufnahme in den russischen Staatsverband zu erlangen und sind jeden Tag des Ausweisungsbefehls gewärtig. Da es sich um sehr kinderreiche Familien handelt, kommen gegen 1800 Personen in Betracht. Das Grenzamt Myslowitz der deutschen Feldarbeiterzentrale zu Berlin ist bereits beauftragt, sich der Leute anzunehmen.

**Ausgewiesen aus dem Deutschen Reich,** bzw. aus einzelnen Bundesstaaten wurden im zweiten Vierteljahr 1910 von deutschen Behörden 133 männliche und 19 weibliche Personen als lästige Ausländer und 17 Anarchisten.

**Landbanken gegen Güterwucher.** Die Versammlung ländlicher Genossenschaften in Westdeutschland hat beschlossen, den Kampf gegen den Güterwucher aufzunehmen durch die Begründung von Landbanken nach dem Muster der Wuppertaler Güterbank. Als erster wird der Vorstand des Raiffeisenverbandes für Gelsen in Fulda eine Bank errichten, eine zweite ist vorgesehen für die Rheinprovinz und eine weitere für die Provinz Westfalen.

### Tages-Gedenkblätter

aus dem deutsch-französischen Kriege 1870/71.

23. Juli.

Der Generalstab der französischen Armee verläßt Paris und begibt sich zu den Truppen. Die Departements des Ober- und Niederrheins (das heutige Ober- und Nieder-Elsah) werden in Kriegszustand erklärt. Durch eine Verfügung des Kaisers der Franzosen wird der Kaiserin Eugenie für die Dauer der Abwesenheit Louis Napoleons III. die Regentschaft übertragen. Letzterer erläßt folgende pomphaste Proklamation an das französische Volk: „Franzosen! Es gibt im Leben der Völker feierliche Augenblicke, wo die nationale Ehre, gewaltsam gereizt, sich als unwiderstehliche Kraft aufdringt, alle Interessen beherrscht und die Leitung der Geschichte des Vaterlandes allein in die Hände nimmt. Eine dieser entscheidenden Stunden hat geschlagen. Preußen, dem wir während und seit dem Kriege von 1866 die versöhnlichsten Gesinnungen gezeigt haben, hat unserem guten Willen, unserer Langmütigkeit keinerlei Rechnung getragen. In die Bahn der gewaltsamen Eingriffe gestürzt, hat es alles Mißtrauen erweckt, überall zu übertriebenen Rüstungen genötigt und aus Europa ein Lager gemacht, in welchem Unsicherheit und die Furcht vor dem nächsten Tage herrschen. Ein letzter Zwischenfall hat den Unbestand der nationalen Beziehungen enthüllt und den ganzen Ernst der Sachlage gezeigt. Angesichts neuer Ansprüche Preußens ließen sich unsere Beschwerden vernehmen: sie wurden umgangen und es folgte ihnen ein geringschätziges Vorgehen. Unser Land hat darüber eine tiefe Erbitterung empfunden und alsbald ertönte von einem Ende Frankreichs zum anderen ein Kriegsruf. Es erübrigt uns nichts mehr, als unsere Geschichte der Entscheidung der Waffen anheim zu geben. Wir führen nicht Krieg gegen Deutschland, dessen Unabhängigkeit wir achten. Wir hegen Wünsche, auf daß die Völker,

welche die große germanische Nationalität bilden, frei über ihre Geschichte verfügen. Was uns anbelangt, so fordern wir die Begründung eines Standes der Dinge, der unsere Sicherheit gewährleistet und die Zukunft sichere. Wir wollen einen dauerhaften Frieden, begründet auf den wahren Interessen der Völker, erzwungen und einen precären Zustand zum Aufhören bringen, in welchem alle Nationen ihre Hilfsquellen dazu verwenden, um eine gegen die andere zu waffen. Das glorreiche Banner, welches wir noch einmal vor Denjenigen entfalten, die uns herausfordern, ist dasjenige, welches die zivilisatorischen Ideen unserer großen Revolutionen durch Europa trug. Es vertritt dieselben Prinzipien, es löst dieselbe Aufgabe ein. Franzosen! Ich trete an die Spitze dieser tapferen Armee, welche die Liebe und die Pflicht für das Vaterland befeuert. Sie weiß, was sie wert ist, denn sie sah in vier Weltteilen den Sieg an ihre Schritte sich heften. Ich nehme meinen Sohn trotz seiner Jugend mit mir. Er weiß, welche Pflichten sein Name ihm auferlegt; er ist stolz, seinen Anteil an den Gefahren Derjenigen zu nehmen, die für das Vaterland kämpfen. Gott segne unsere Bestrebungen. Ein großes Volk, welches eine gerechte Sache verteidigt, ist unbesiegbar. Palast St. Cloud, 23. Juli 1870. Napoleon.“

24. Juli.

Veröffentlichung des Erlasses von König Wilhelm, betr. die in Gemäßheit des Gesetzes vom 21. Juli 1870 zur Deckung des außerordentlichen Geldbedarfs der Militär- und Marineverwaltung aufzunehmende Anleihe. An demselben Tage wurde dem englischen Botschafter, Lord Loftus in Berlin, vom Grafen Bismarck das Vorhandensein von Dokumenten mitgeteilt, aus denen hervorging, daß Frankreich schon seit Jahren auf die „Erwerbung“ von Luxemburg und Belgien spekuliert und dazu die Mitwirkung Preußens verlangt habe. Der Wortlaut des Entwurfs zu diesem

Vertrag von Frankreich, Preußen bereits 1866 und seitdem wiederholt angebotenen „Angriffs- und Verteidigungs-Bündnis“ lautete nach der Correspondence de Berlin folgendermaßen: „Art. I. Frankreich anerkennt die von Preußen durch den Krieg von 1866 gemachten Eroberungen, sowie alle getroffenen oder noch zu treffenden Arrangements für Herstellung eines Norddeutschen Bundes und verpflichtet sich, seine Stütze zur Konservierung dieses Bundes zu leisten. Art. II. Preußen verspricht, Frankreich die Erwerbung Luxemburgs zu erleichtern, zu diesem Zwecke in Verhandlungen mit dem König von Holland zu treten, um ihn zur Abtretung Luxemburgs mittels angemessener Kompensation auf die eine oder andere Weise zu bestimmen. Zur Erleichterung dieser Transaktion wird Frankreich die allenfallsigen Geldkosten übernehmen. Art. III. Frankreich wird sich einer Union des Norddeutschen Bundes mit den deutschen Südstaaten unter Ausschluß Oesterreichs nicht widersetzen. Diese Union könnte auf ein gemeinsames Parlament basieren werden, dabei solle jedoch die Souveränität genannter Staaten angemessen respektiert werden. Art. IV. Falls Frankreich durch die Umstände veranlaßt wäre, seine Truppen in Belgien einmarschieren zu lassen oder dasselbe zu erobern, wird Preußen Frankreich mit den Waffen zu Land und Wasser unterstützen gegen jede Macht, welche bei dieser Eventualität Frankreich den Krieg erklären würde. Art. V. Zur Sicherung der Ausführung vorstehender Bestimmungen schließen Frankreich und Preußen eine Defensiv- und Offensivallianz und garantieren sich gegenseitig ihr Gebiet.“ — Das genannte Blatt bemerkt hierzu, daß Frankreich schon vor dem Kriege 1866 Preußen Allianzen angeboten habe, mit dem Versprechen ebenfalls Oesterreich den Krieg zu erklären und mit 300 000 Mann anzugreifen, wenn Preußen verschiedene Gebietsabtretungen am linken Rheinufer an Frankreich zugestehen wolle.